

Wird die Eingliederung in die Berufswelt verbaut?

Zur Situation der Ausländerkinder in deutschen Schulen

Der Bischof von Rottenburg, *Georg Moser*, sah bereits 1978 die Gefahr „eines verheerenden Analphabetismus“ auf uns zukommen, er nannte die Jugendlichen eine Generation ohne Hoffnung und äußerte die Befürchtung, daß sie zum „Strandgut unserer Gesellschaft“ werde. Der ehemalige evangelische Bischof *Helmut Claß* dazu: „Sie sehen für sich keine Zukunft, leben in Unsicherheit und Angst und suchen vergeblich nach mehr Gerechtigkeit.“ Die Rede ist in beiden Aussagen von den gleichen jungen Menschen: den Kindern der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik.

Nachdem der Anteil der Kinder und Jugendlichen an der ausländischen Wohnbevölkerung stark angestiegen ist, sind die Probleme der sogenannten zweiten Ausländergeneration zusehends in den Mittelpunkt der Ausländerproblematik gerückt. Während der Anteil der unter 15jährigen Ausländer 1961 nur 3,8% betrug, belief er sich Ende September 1981 auf 23,7% (Statistisches Bundesamt, Ausländer 1981. Fachserie 1, Reihe 1.4. März 1981, S. 36 ff.). Allein im Zeitraum 1973 bis 1981 erhöhte sich die Zahl der unter 15jährigen Ausländer von 620 000 auf 1 096 200. Seit 1977 ist allerdings der Anteil der unter 6jährigen rückläufig.

Stark gestiegener Ausländeranteil

Welche Probleme die steigende Zahl von Ausländerkindern mit sich bringt, zeigt deutlich die *Entwicklung der ausländischen Schülerzahlen*. Allein innerhalb eines Jahrzehnts – zwischen 1965 und 1975 – hat sich die Zahl der ausländischen Schüler an den allgemeinbildenden Schulen mehr als verzehnfacht. Während im Schuljahr 1965/66 erst 35 135 ausländische Schüler die allgemeinbildenden Schulen besuchten, waren es 1975/76 bereits 352 275. Zu Beginn des Schuljahres 1980/81 wurden 637 100 gezählt, erneut 85 000 oder 15,4% mehr als im Vorjahr. Die *Ausländeranteile an den Schülergesamtzahlen* lagen zuletzt in den Grundschulen bei 11,8% und in den Hauptschulen bei 10,1% im Bundesdurchschnitt (vgl. Sekretariat der Kultusministerkonferenz, *Ausländische Schüler in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1980*. Dokumentation Nr. 74, 1981).

Hinter dieser Gesamtzahl verbergen sich allerdings größere Anteile in den Ballungsgebieten und kleinere in den allermeisten anderen Gegenden Deutschlands. In *Berlin* z.B. war 1980/81 jeder dritte Grundschüler und jeder

dritte Hauptschüler ein Ausländer. In *Hamburg* hatten im gleichen Jahr mehr als 40 Schulen einen Ausländeranteil von über 30%. Insgesamt aber wird die Zahl der Grund- und Hauptschulen mit über 30prozentigem Ausländeranteil in der Bundesrepublik auf 400 bis 600 geschätzt, und das ist in jedem Fall weniger, als die Öffentlichkeit aufgrund von Presseberichten glauben mag.

Angestiegen ist vor allem der Anteil der ausländischen Schüler aus den Hauptherkunftsländern. Im Schuljahr 1980/81 lag er bei 87,6%. Weitaus am stärksten in dieser Gruppe vertreten waren die *türkischen Schüler*, die ihren Anteil auf *nahezu die Hälfte* (49,7%) vergrößerten. (Zum Vergleich: Im letzten Schuljahr ging die Zahl der spanischen Schüler leicht zurück, die der Griechen und Portugiesen stagnierte, die der Italiener erhöhte sich unwesentlich, die Gruppe jugoslawischer Schüler wuchs um knapp 9000). Wie stark der Zuwachs türkischer Schüler insgesamt ist, machen auch die jüngsten Zahlen der Kultusministerkonferenz deutlich: 1970 gab es an deutschen allgemeinbildenden Schulen 27 200 türkische Kinder, 1976 schon 139 200, 1980/81 dagegen 317 200. Die beruflichen Schulen wurden 1970 erst von 3000 Türken besucht, 1976 von 18 000, im Schuljahr 1980/81 von 53 300.

Insgesamt ist der Anteil ausländischer Schüler an den *beruflichen Schulen* geringer als in den allgemeinbildenden Schulen. Allerdings ist die Zahl im Schuljahr 1980/81 gegenüber dem Vorjahr um 26 400 (34,4%) auf 101 100 Schüler angewachsen. Während der Ausländeranteil an den Berufsschulen nur 3,9% beträgt, sind von den Teilnehmern am Berufsgrundbildungsjahr 13,4% ausländische Jugendliche. In den meisten Statistiken aber und erst recht in deren Auswertung findet ein Aspekt zu wenig Beachtung: Von den 6- bis 15jährigen Ausländern leben *21,2% bereits seit 10 bis 15 Jahren* in der Bundesrepublik, weitere 21% seit 8 bis 10 Jahren. Vor diesem Hintergrund müßten Aussagen und Untersuchungen über *die Ausländerkinder an deutschen Schulen* viel stärker differenziert werden, als dies bisher der Fall ist.

Unter vergleichbaren Bedingungen auch vergleichbare Lernerfolge

Kinder von Ausländern besuchen in der Bundesrepublik die deutsche Schule, sie werden zusammen mit deutschen Schülern in der Regelklasse unterrichtet. Wenn die Kinder im Unterricht Schwierigkeiten haben und deshalb dem Lehrplan nicht folgen können, hat die Schule die

Aufgabe, zusätzlichen Unterricht – *Förderkurse* – anzubieten; Voraussetzung ist, daß mindestens vier ausländische Schüler daran teilnehmen. Kinder, die aus dem Ausland zuziehen, werden meist für ein bis zwei Jahre in *Vorbereitungsklassen* zum Erwerb deutscher Sprachkenntnisse unterrichtet. In der Vorbereitungsklasse sollen die Voraussetzungen für den Unterricht in der deutschen Regelklasse geschaffen werden.

Daß Ausländerkinder bei vollem Schulbesuch fast genau *die gleichen Lernerfolge wie deutsche Schüler* erzielen, ist das Ergebnis einer Studie des baden-württembergischen Kultusministeriums, die im Herbst 1981 erschien. Danach erreichten mehr als 96% der ausländischen Schüler, die von der ersten bis zur neunten Klasse eine deutsche Grund- und Hauptschule besuchten, am Ende des Schuljahres 1979/80 den Hauptschulabschluß; das sind nur 2% weniger als bei der vergleichbaren deutschen Schülergruppe. Nach der repräsentativen Studie an etwa 1800 Ausländerkindern sind die Chancen auf einen erfolgreichen Schulabschluß um so geringer, je später ein Kind in das deutsche Schulsystem „einsteigt“. Die Zahl dieser Kinder ist aber nach wie vor hoch. Berücksichtigt man diejenigen, die meist wegen Überschreitung der zulässigen Altersgrenze schon vor der neunten Klasse die Schule aufgeben, und weiter die sogenannten „*Seiteneinsteiger*“, also Ausländerkinder, die erst von einer höheren Klasse an die deutsche Schule besuchen, dann erreichen nur etwa 60% der Ausländerkinder den Hauptschulabschluß.

Etwa 15% der ausländischen Schüler verlassen die Schule nach Beendigung ihrer neunjährigen Schulpflicht, bevor sie in die neunte Klasse kommen. Zu dieser Gruppe zählen Mehrfachwiederholer und solche Kinder, die in relativ hohem Alter erst in die Bundesrepublik kamen und deshalb nur Vorbereitungsklassen und vielleicht eine oder zwei Regelklassen besuchen können, bevor die Schulpflicht für sie endet. Etwa 10% der Ausländerkinder verlassen zumeist wegen der Rückkehr in die Heimat die Schule vor Erfüllung ihrer Schulpflicht. Weitere 15% schaffen am Ende der Klasse neun keinen Abschluß. Bezogen auf diejenigen, die die neunte Klasse überhaupt erreichen, ist das etwa jedes fünfte ausländische Kind. Nach dem „Ausländerreport '82“, der vom hessischen Wirtschaftsministerium veröffentlicht wurde, sind allerdings erhebliche *Unterschiede zwischen den verschiedenen Ausländergruppen* festzustellen. So machen 64% der türkischen Hauptschulabgänger keinen Abschluß, bei den Jugoslawen sind es 23%, bei den Deutschen 14%. Die Studie führt den schlechten Schulerfolg der türkischen Kinder auf die in der Regel nur kurze Anwesenheit in der Bundesrepublik zurück. Von den 14-jährigen Türken lebten 1981 63% noch keine drei Jahre in Deutschland.

Daß bei ausländischen Eltern ein *steigendes Interesse an einer erfolgreichen Schulbildung* besteht, zeigen die *Übergangsquoten in weiterführende Schulen*. So gingen z. B. 1980 in Baden-Württemberg von allen ausländischen Schülern aus der Klassenstufe vier fast 16% auf Realschulen und etwa 12% auf Gymnasien. Ausschlaggebender

Faktor für den Schulerfolg und das Bildungsverhalten ist auch bei den Übergangsquoten die *Aufenthaltsdauer* eines Kindes in Deutschland. So ergab sich ein bemerkenswerter Unterschied der Übergänge bei ausländischen Schülern, die in der Bundesrepublik oder im Ausland geboren wurden. Nach jeweils vier Jahren Grundschule gingen von den im Ausland geborenen 16% auf die Realschule und 11% auf das Gymnasium (bei denen, die nicht in die erste Klasse, sondern später eingeschult wurden, liegen die Übergangsquoten noch deutlich niedriger). Von den im Inland geborenen Ausländerkindern gingen nach vier Grundschuljahren dagegen 22% auf die Realschule und 17% auf das Gymnasium. Das sind Übergangsquoten, die denen deutscher Schüler nahekommen, wenn man in Betracht zieht, daß etwa 70% der Eltern ausländischer Kinder ungelernte oder angelernte Arbeiter sind und dies erfahrungsgemäß bei der Auswahl der Schulart eine Rolle spielt. Nach der amtlichen Schulstatistik liegen die entsprechenden Zahlen für deutsche Arbeiterkinder bei 28% (Übergang auf die Realschule) und 12% (Gymnasium).

Aufschlußreich ist auch hier das unterschiedliche Verhalten verschiedener Nationalitäten: In Deutschland geborene Kinder von Jugoslawen gingen am Ende der 4. Klasse zu 34% auf die Realschule und zu 21% auf das Gymnasium. Bei den Italienern dagegen betragen die vergleichbaren Quoten nur 18% und 9%. Die im Schnitt etwa doppelt so hohe Übergangsquote der Jugoslawen ist wohl damit zu erklären, daß es unter den jugoslawischen Eltern viele Facharbeiter und Techniker gibt, während es sich bei den Italienern häufiger um ungelernte Arbeiter handelt.

Die Schwierigkeiten einer kulturellen Doppexistenz

Insgesamt entspricht das die Akkulturation der Ausländerkinder beherrschende Lebensmilieu dem der unteren Prestigeskala in der Bundesrepublik. Nicht selten werden den ausländischen Kindern als *Mitglieder der untersten Unterschicht* negative Eigenschaften zugeschrieben. Dies wirkt sich dahingehend aus, daß deutsche Eltern ihren Kindern häufig den Umgang mit ausländischen Spielkameraden verbieten und Ausländerkinder in Mietshäusern oft in die Sündenbocksfunktion gedrängt werden. Als zusätzliches Ärgernis kommt hier vielfach die *Wohnsituation* der Ausländer dazu; die Wohnungen liegen meist in infrastrukturell unterversorgten Ballungszentren oder Sanierungsgebieten, in denen es keine oder nur verwahrloste und reizlose Spielplätze gibt.

Über diese handfesten, in der *sozioökonomischen Situation* begründeten Integrationshindernisse hinaus gibt es weitere Ursachen für eine erschwerte Eingliederungsmöglichkeit halbwüchsiger Neuankömmlinge, die vor allem den *soziokulturellen Umstellungsprozeß* im Einreiseland betreffen. Die *Identitätsprobleme einer soziokulturellen Doppexistenz* potenzieren sich im familiären Zusammenleben ausländischer Kinder und ihrer Eltern. Ungewollt

werden die Eltern von nachziehenden Kindern zum Auslöser einer Identitätskrise bei ihren Kindern: Wenn sie die *Anpassung* ihrer Kinder an die Aufnahmegesellschaft fördern, tragen sie dazu bei, daß sich ihre Kinder ihnen selbst entfremden; entmutigen sie ihre Kinder aber im Anpassungsprozeß an die umgebende Gesellschaft, dann behalten sie zwar zunächst ihren Vorbildcharakter, fördern aber das Fremdbleiben der Kinder in dieser Gesellschaft. Nicht selten befinden sich die Eltern vor dieser Entscheidung selbst in einer Unsicherheitssituation, da klare Pläne über einen Verbleib in Deutschland nicht gefällt werden oder z. B. der ursprüngliche Entschluß, nach 5 bis 10 Jahren wieder ins Heimatland zurückzukehren nicht in die Realität umgesetzt wird. In erster Linie sind dann die Kinder die Leidtragenden, da solche Eltern Anpassung und Erwerb der deutschen Sprache lange vernachlässigen und so kostbare Zeit verschwenden. Zudem wird die bisher unangetastete Autorität des Vaters häufig dadurch in Frage gestellt, daß Kinder *Erwachsenenfunktionen übernehmen*, z. B. beim Knüpfen von Kontakten mit der Umwelt, bei Behördengängen oder beim Einkaufen. Nicht die Eltern vermitteln den Kindern die Normen der umgebenden Gesellschaft, sondern umgekehrt.

Die *Orientierungs- und Verhaltensunsicherheiten*, denen sich zunächst die nicht in der Bundesrepublik geborenen Kinder vor allem ausgesetzt sehen, wirken sich in der Schullaufbahn der Kinder besonders verhängnisvoll aus. Die bei diesen Kindern dominierende familiäre Sozialisation führt in der Regel zur Übernahme kultureller Rollen, die von der Schule nicht erwartet werden. Mehr Kinder unter sechs Jahren als in deutschen Familien erhalten z. B. eine ausschließliche Familienerziehung. Die Quote des *Kindergartenbesuchs* ist allerdings steigend: 1973 besuchten 36% der Ausländerkinder einen Kindergarten, sieben Jahre später waren es 47% (in Baden-Württemberg 56%). Doch selbst diese erhöhte Zahl ist nicht befriedigend. Zum Vergleich: bei deutschen Kindern liegt die Quote gegenwärtig über 75%. Bei der Einschulung liegen die jungen Ausländer meist einige Monate hinter ihren deutschen Altersgenossen zurück. Dadurch wächst die *Altersdistanz* von Klasse zu Klasse, zumal ausländische Schüler häufiger als deutsche ein *Schuljahr wiederholen müssen*.

1980 waren das z. B. an den Grund- und Hauptschulen Baden-Württembergs nach Angaben des Statistischen Landesamtes 3,8%, bei den Türken noch ein Prozent mehr. Die Vergleichszahl bei den deutschen Schülern liegt dagegen bei 1,4%. Schon beim Schulstart haben es die Ausländerkinder schwerer. Das erste Schuljahr, nach dem Versetzung fast eine „Formsache“ ist, wird für jedes zwölfte Ausländerkind schon zur unüberwindlichen Hürde und muß deshalb wiederholt werden.

Der in der familiären Sozialisation erfahrene Kulturkonflikt wiederholt und steigert sich in der Schule. „Die ausländischen Schüler haben weder gute Noten aufzuweisen, noch besitzen sie in überdurchschnittlichem Maße Prestigesymbole, wie z. B. Fahrräder, gut eingerichtete Kinderzimmer oder teure Hobbies ... Die mit der Stigmatisierung verbundene Entfremdung äußert sich in Unaufmerksamkeit, Schwänzen, Stören, Abkapselung, Aggressivität, Prahlerei, aber auch in Depressionen und anderen ernstesten Verhaltensstörungen“ (Karl Neumann, Hrsg., Kindsein. Göttingen 1981, S. 192).

Zweisprachenerwerb und *Zweisprachigkeit* stellen für Gastarbeiterkinder Probleme dar, die tief in die Entwicklung der Persönlichkeit hineinreichen. „Typisch für die Einwandererkinder ist die *doppelte Halbsprachigkeit*, sie erreichen in keiner Sprache das Niveau eines jeweiligen Monolingualen“ (W. Stölting, Die Entwicklung der Zweisprachigkeit bei ausländischen Schülern. In Deutsch als Zweitsprache. Sonderheft der Zeitschrift Praxis Deutsch. 1980, S. 19). Verläuft der Spracherwerbsprozeß in der Schule in der Regel auf einen Sprachwechsel zum Deutschen hin, so müssen Kinder doch auch das Regelsystem der Familienkommunikation beherrschen lernen. Die Beziehungsfalle „Berücksichtige ich die Familienkultur, vernachlässige ich die Fremdkultur – und umgekehrt“ taucht in der deutschen Schule in der Frage der sprachgebundenen Identitätsprobleme wieder auf.

Ist zwar der Gebrauch der Muttersprache zumindest im Umgang mit den Eltern die Regel, so sollte der Erwerb der deutschen Sprache im Interesse der zweiten und dritten Generation forciert werden. Für Berlin jedenfalls forderte Hanna-Renate Laurien die Schulverwaltungen dazu auf, dafür zu sorgen, daß deutsche Kinder nicht zu einer Minderheit in ihrer Klasse würden und türkische Kinder gegebenenfalls in solchen Nachbarschulen unterzubringen, die von genügend deutschen Schülern besucht werden, um unter anderem Deutsch und nicht Türkisch als Umgangssprache zu ermöglichen. Reine Ausländerklassen müßten eine Ausnahme bleiben, und es sollte sie nur in solchen Schulen geben, in denen der Ausländeranteil besonders groß sei (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. 8. 82).

Seit der Veröffentlichung des Gesprächskreises Bildungsplanung für die Eingliederung ausländischer Kinder – festgeschrieben mit dem Beschluß der Bundesregierung zur „Weiterentwicklung der Ausländerpolitik“ (Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1980) – zeichnet sich eine *Tendenzwende in der Bildungspolitik für ausländische Kinder* ab. Seit Mitte der 70er Jahre ist auch eine diesbezügliche Umorientierung in der Schulverwaltung und der Lehrerbildung zu registrieren. Viele Aktivitäten sind in Bewegung gekommen, die den früheren ausschließlich als „defensiv“ einzustufenden Charakter von Integrationskonzepten aufzubrechen scheinen. Daran beteiligen sich immer mehr soziale Stellen wie kirchliche Gruppen, Vereine, soziale Hilfsorganisationen, Jugendgruppen und Gruppen speziell in diesen Fragen engagierter Bürger. Der Einsatz umfaßt durchstrukturierte Aktivitäten, wie das Angebot einer *Hilfe bei Schularbeiten* oder die Organisation von *Freizeitprogrammen*, aber zusätzlich auch die *Anknüpfung menschlicher Beziehungen* wie Hausbesuche und *Beratung*. Diese Formen kommunikativer Bearbeitung der mit der Randständigkeit von Ausländerkin-

den gegebenen Probleme dürften den meisten Erfolg versprechen. Hier werden auch die ausländischen Eltern und ihre Kultur als Miterzieher der Kinder akzeptiert, zum Nutzen der Persönlichkeitsentwicklung aller Beteiligten.

Jedenfalls sollte eine Praxis bald der Vergangenheit angehören, von der *Konrad Pölzl*, der Ausländerbeauftragte des Deutschen Caritasverbandes berichtet: normal begabte, aber der deutschen Sprache nur unzureichend mächtige Kinder werden nicht selten statt in Förderkurse in *Sonderschulklassen* geschickt und werden dann, wenn ihre Deutschkenntnisse es zuließen, eine Regelklasse zu besuchen, wegen des reduzierten Lehrinhaltes der Sonderschule nicht mehr in die Regelschule übernommen.

Auswirkungen auf die Berufsausbildung

Bereits heute, darin sind sich die Experten in der Öffentlichkeit meist einig, genügt die Ausbildung der jungen Ausländer, die ihre Zukunftschancen in Deutschland sehen, zum großen Teil nicht den Anforderungen des Arbeitsmarktes. In einer bayrischen Studie wird der Zusammenhang zwischen *erfolgreichem Schulabschluß* und der *Möglichkeit einer Berufsausbildung* nachdrücklich hervorgehoben. Von den ausländischen Schülern mit qualifizierendem Hauptschulabschluß hatten 1980 59,1% eine Lehrstelle erhalten, von denen mit einfachem Hauptschulabschluß 38,4% und von den ausländischen Schülern ohne einen Abschluß nur 9,7%.

Erschreckend gering ist der *Besuch von Berufsschulklassen* durch Ausländerkinder. Die Besuchsquoten im Schuljahr 1978/79 bei 52,6%, im Schuljahr 1980/81 bei 53%. Dabei darf nicht übersehen werden, daß eine große Zahl von ihnen nach nur einem Schuljahr die Berufsschule für immer verlassen hat und nicht in eine Berufsausbildung oder auf weiterführende Schulen einmünden kann, sondern in Notmaßnahmen (Berufsvorbereitungsjahr, Sonderlehrgänge der Bundesanstalt für Arbeit etc.) abgedrängt wird.

Die meisten deutschen Unternehmer sind zwar grundsätzlich bereit, Gastarbeiterkinder als Auszubildende anzunehmen. Doch eine Berliner Untersuchung ergab, daß lange *nicht alle Betriebe willens* sind, bei den ausländischen Jugendlichen *andere Maßstäbe anzulegen* als bei den deutschen. Generell läßt sich sagen, daß die Betriebe darauf bestehen, die ausländischen Bewerber in keiner Weise als Sondergruppe zu behandeln, weder bei der Auswahl noch in der Förderung während der Ausbildung. Das mag zwar gut gemeint sein, wirkt sich aber in der Praxis nachteilig aus. Gegenüber deutschen Bewerbern haben Ausländer beim Kampf um die knappen Lehrstellen entschieden weniger Chancen. Den Aufnahmetests sind sie nur in Ausnahmefällen gewachsen.

Die Folgen dieser Einstellung lassen sich heute schon absehen. Bis Mitte der 80er Jahre wird etwa eine *Viertelmillion Ausländerkinder* Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Bundesrepublik suchen. Wenn sich nichts ändert,

wird ein großer Teil davon nicht in die Berufswelt eingegliedert, sondern in Randgruppen abgedrängt. Es gehört nicht viel Phantasie dazu sich vorzustellen, was aus jungen Menschen wird, die sich in ihren Herkunftsländern nicht mehr heimisch fühlen, die aber in der Bundesrepublik beruflich ohne Chance sind. Eine Untersuchung des Statistischen Amtes der Stadt Stuttgart von 1981 arbeitet Lebensbedingungen heraus, die zur *Kriminalität* disponieren: Besonders gefährdet sind demnach Jugendliche, die die Schule ohne Abschluß verlassen haben und Heranwachsende mit abgebrochener Lehre. Arbeitslose Jugendliche werden mehr als doppelt so häufig delinquent wie andere.

Unternehmen und Industriezweige mit Weitblick beziehen allerdings die *vorhersehbare Personallage* in der zweiten Hälfte der 80er Jahre bereits jetzt in ihre Entscheidungen ein. So unterzeichneten z. B. Arbeitgeber und Gewerkschafter der *chemischen Industrie* im Frühjahr einen Tarifvertrag, der *spezielle Eingliederungsmaßnahmen für ausländische Jugendliche* vorsieht. Dieses könnte auch für andere Branchen beispielhaft sein. „Die Integration der Ausländerkinder sollte nicht nur als Problem, sondern auch als Chance aufgefaßt werden“, begründet *Karl Mollitor*, Hauptgeschäftsführer des Arbeitsringes der Arbeitgeberverbände der Deutschen Chemischen Industrie e. V., diese sozialpolitische Initiative. „Dies liegt im Hinblick auf den zukünftigen Facharbeitermangel auch im Interesse der Betriebe.“ In dem Tarifvertrag, gültig für ausländische Jugendliche, die bei Beginn der Eingliederungsmaßnahmen das zwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben, geht es vor allem um den Abbau sprachlicher und schulischer Defizite sowie die Förderung der sozialen Eingliederung. Auch bei Audi NSU in Ingolstadt sieht man das ähnlich. „Natürlich sehen wir unsere gesellschaftspolitische Verantwortung“, erläutert Martin Posth, für das Personal- und Sozialwesen zuständiges Vorstandsmitglied des bayrischen Autoherstellers, die Motive für den dort 1980 gestarteten Modellversuch zur beruflichen Ausbildung ausländischer Jugendlicher. „Aber wir müssen uns auch die Frage stellen, wo wir in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre unsere Facharbeiter herbekommen, wenn wir sie nicht auch aus dem Kreis der jungen Ausländer heranziehen“ (zit. nach *Die Zeit*, 9. 4. 82). Inzwischen laufen ähnliche Modellversuche bei vierzehn verschiedenen Unternehmen oder Institutionen. Schon in absehbarer Zeit wird es zu einem deutlichen Wandel der Bedarfslage auf dem Arbeitsmarkt kommen. Der hohe Geburtenzuwachs der sechziger Jahre, der sich derzeit an Hochschulen und Einrichtungen der beruflichen Bildung bemerkbar macht, wird schon in wenigen Jahren verebben. In Hamburg z. B., wo im vergangenen Jahr fast 25 000 deutsche Kinder die Schule verließen und oft nur mit großer Mühe einen Ausbildungsplatz fanden, werden ab Mitte der 80er Jahre nur noch etwa 12 000 Jungen und Mädchen jährlich von der Schule gehen. Dann werden die Unternehmen wieder wie in früheren Jahren um Nachwuchs werben müssen und viele Ausbildungsplätze gar nicht besetzen können.

Cordelia Seng